



Krieges zerfallen, andererseits eine neue Kriegszon  
in Irland schaffen, die um furchtbarer sein werde,  
als die moralische Front in England im Innern sein würde.  
Der Konflikt werde einen furchtbaren Charakter  
annehmen und nach Amerika, Australien und  
jedem Winkel der Erde, wo die irische Rasse  
auftrete, sich überbreiten. In Irland und  
Amerika werde man glauben, daß die irische Regierung  
die Einführung der irischen Republik nur betreibe,  
um ihren Verpflichtungen bezüglich der Ausführung der Ver-  
träge der irischen Konvention zu entgehen. Man mache  
sich die größten Anstrengungen, um zu verhindern, daß  
Madras über die Lage in Irland Amerika erfährt,  
aber sie würden doch hinübergelangen. Lloyd George habe  
von einer Home Rule gesprochen, aber er könne sich die  
Witze sparen, denn wenn man in Irland die Republik  
einführen wolle, würde die Stimmung in Irland eine solche  
sein, daß nicht die geringste Aussicht für die Annahme eines  
derartigen Gesetzes bestehen würde, was wohl Lloyd George  
auch selbst nicht erwarte."

Vielleicht sucht man den irischen Widerstand dadurch zu  
brechen, daß die Einführung gewisser Freiheiten für Irland  
sichergestellt erfolgt. Das können schon die letzten Ver-  
einbarungen Lloyd Georges andeuten. Ob die Iren diese  
Freiheiten aber mit der Dienstpflicht verbinden wollen,  
ist eine Frage, die erst die nächsten Wochen beantworten  
können. Wenn jedoch Irland jetzt auf die eine oder andere  
Weise in den Besitz größerer Rechte kommt, so werden die  
Iren die Erlangung dieser Rechte nicht zu  
letzten deutschen Waffen zu verbieten haben.  
Sie sind es, die an der Themse andere Verhandlungen auch  
über die irische Frage herbeigeführt haben. C. H.

### Das vernichtete Bailleul.

Berlin, 18. April. Nachdem in der Nacht vom 15. zum  
16. April die gefürchtete angelegte deutsche Barabatte mit dem  
jahrzehnten englischen Marinegeschwader an Stände-  
weilen zusammengebrochen war, wurde im irischen  
Drangestrichen am Nachmittag des 16. April das nördlich  
der Stadt gelegene Kap des Meeres erreicht. Die Engländer  
verließen zumweil in eilige Richtung die Stadt in  
nordwestliche Richtung. Dabei setzten sie im deutschen  
Verfolgungstreiben ihre Wache in Bailleul. Im Hinblick auf  
die Fortnahme des genannten Kapes waren aus eigenem  
Entschluß auch die Nachtruppen angetreten und hatten Bailleul  
umzingelt. Es konnte zunächst nur schwach besetzt  
werden, da der Feind schweres Artilleriefeuer auf das Innere  
der ungeschützten Stadt richtete. An den Strandeingängen  
und Barabatten lagen Haufen englischer Leichen.  
Die Stadt bot ein trostloses Bild. Die meisten Häuser und  
die Kirche sind in Trümmer gesunken. Der Feind durch  
die zweite Beschießung der Engländer völliger Vernichtung  
entging. Er teilte das Schicksal von Armentières, St. Quentin  
und vielen anderen einstmals blühenden Städten und  
Dörfern, die der fliehenden Engländer, die Einwohner der  
größten Not preisgegeben, rüchlos zerstört und ein-  
sicherte.

### Die Wichtigkeit von Hazebrouk.

Der Pariser Vertreter der "Stampa" berichtet: Die  
neue Schlacht in Flandern scheint auf ihrem entscheidenden  
Höhepunkt angelangt zu sein. Die Front bei  
Hazebrouk wird durch einen zunehmenden Druck bedroht.  
Der rechte deutsche Flügel würde die Eisenbahnlinie Hazebrouk-  
Boperinghien zu erreichen und die Engländer nach Belgien  
zu zwingen. Die Heeresgruppe des Generals Bernhardt  
suche sich mit starken Beständen westlich zu verlagern. Der  
Eisenbahnknotenpunkt von Hazebrouk werde von der  
englischen Seeartillerie als ebenso wichtig wie  
Amiens angesehen. Sein Verlust würde den Weg nach  
Dünkirchen öffnen. Die Alliierten rufen daher zum  
zuerstehenden Widerstand an der Küstenfront. Die Generale  
Foch und Castelein sind dort eingetroffen.

### Englische Riesenschiffe.

Berlin, 18. April. Zornbeke, Paschenbale, Poel-  
appelle und Langemarck sind wieder in deutschem Besitz. Auf  
der ganzen Welt gibt es keinen Frieden, um den so  
viel Blut geflossen ist, wie um diese vier flandrischen Dörfer,  
die in Wirklichkeit nur noch Schutzhäuser und Namen auf  
der Karte sind. In die Hunderttausende gehen die englischen  
Verluste der Flandernschlacht. Demnach konnte nur  
dann, um im tosenden Trommelfeuer das letzte Leben ge-  
storben, die letzte Waffe verflüchtigt und zerstückelt, war  
der Britte fluchtweise vorwärts kommen. So fielen Zornbe-  
ke, Poelappelle, Zornbeke und Paschenbale in englische  
Hand. Es waren bitter heiße Kämpfe, denen jedoch  
jede Entscheidung verjagt blieb. Jetzt ist auch der letzte  
Schimmer eines englischen Erfolges in der Flandernschlacht  
mit der Wiedereinnahme von Poelappelle, Zornbeke,  
Paschenbale und Langemarck für die Engländer ausgeblüht.  
Die Namen bedeuten lediglich die Riesenschiffe der Blüte  
des englischen Heeres.

### Neue Minister in England.

London, 18. April. (Reuter.) Am 18. April, nach  
dem Tod von Staatssekretär für den Krieg, der  
Earl of Derby zum Vizekanzler in Frankreich, Sir Augustin  
Chamberlain zum Mitglied des Kabinetts ernannt worden.  
Zu diesen Veränderungen im Londoner Kabinett meint die  
"A. Z.", angelehnt an die letzten Tagen mehrfach erörter-  
ten Möglichkeit, daß Lloyd George von der Durchsetzung  
seiner Wehrgepläne in Verbindung mit der irischen  
Frage kein Verbleiben im Amt abhängig machen wolle,  
kann man annehmen, daß mit einer Umgestaltung des Mini-  
steriums in diesem Irizismus eine Stärkung des  
Rechtsbewußtseins folge. "Daily News" sagen, die Reden des Unter-  
kanzlers geben nur ein schwaches Bild der Erbitterung,  
die feindselig Räter gegen die Wehrpläne  
folge.  
Die "Germania" sagt: In England wird nicht allein in  
nationalen Angelegenheiten über Kopp und Hals ge-  
handelt, sondern auch in dem nicht mit dem Krieg zusammen-  
hängenden.

## Die U-Boot-Frage im Hauptauschuss.

Neue Erklärungen des Staatssekretärs von Capelle — Weitere schwere Angriffe gegen den  
Admiralstab — Alle Parteien für den weiteren U-Boot-Krieg.

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Hauptauschusses  
des Reichstages beendete Abg. Erberger (Str.) die Dar-  
stellung des "Lokalanzeigers" als eine spanische polematische  
Zurechnung der öffentlichen Meinung über die Vorgänge im  
Auschuss.

Staatssekretär v. Capelle kommt auf die Frage der Welt-  
tonnage zurück und führt aus:  
Ich habe nicht behauptet, daß irgend jemand im Aus-  
schuss die Einstellung des U-Boot-Krieges verlangt habe. Nur  
sichere ich Ihnen die wichtigsten Folgen für die Entente höher  
ein als der Abg. Erberger. Der Gegenstand ist erreicht,  
auch nach dem Urteil der "Germania". Ende 1917 wurde  
in einer bekannten privaten Zusammenkunft die Welttonnage  
auf 38 Millionen Tonnen angenommen, der Admiralstab hat  
sie auf 29 Millionen angesetzt. Diese Differenz lasse ich vor-  
läufig auf sich beruhen, sie zeigt, wie schwierig die Feststellung  
ist, daß der Admiralstab sich jetzt auf die Welttonnage fest,  
hat seinen Grund in den veränderten Verhältnissen unter den  
Verbündeten des Westens. Der Schiffraum, auf den  
es hier ankommt, ist nicht die Gesamtheit der Tonnage, denn  
auch nach dem Westerland nicht zur Verfügung. Wie er-  
reicht sich sonst die Tonnagenot? Die

Voraussetzungen des Admiralstabs  
sind mehr eingetroffen als diejenigen des Abg. Erberger.  
Das amerikanische Schiffbauwerk rechnet heute mit 33  
Millionen Tonnen, bietet also in der Mitte der obigen  
Schätzungen; für die Ueberseetonnage rechnet es mit 21 Mil-  
lionen Tonnen, davon im Atlantischen Ozean 17 Millionen;  
auf letztere kommt es an. Wieviel hieron für Zivilbedür-  
nisse verfügbar ist, läßt sich nur ungefähren, ebenso wieviel  
man mit dieser Tonnage leisten kann und wieviel man  
braucht. Bei einer Auseinandersetzung hierüber kommt we-  
nig heraus. Halten wir fest, daß der Gegenstand ist, daß  
das ist die Hauptsache.  
Abg. Gothein (Str.): Die Tonnagefrage ist durch diese  
Ausführungen nicht klar geworden. Niemand zweifelt, daß  
der U-Boot-Krieg mit der Zeit wirken wird, nur darf man  
die Wirkung nicht zu schnell erwarten. Der Schiffbau wird  
unter dem Mangel an Benzin nicht leiden, dazu ist die Er-  
zeugung in Amerika zu groß. Die Beschaffung des Hafens  
Narvik rührt her von der geringen Erzeugung nach  
Deutschland. Die Hauptsache ist, möglichst viel U-Boote zu  
bauen. Unser Drängen hat wiederum beim Staatssekretär  
geunden, wie er sich denn im März 1917 fest absetzt nicht  
in Verbindung der Leistungsfähigkeit unserer Werften.  
Str.

Könnten viel mehr U-Boote haben.

Die Werften erboten sich dazu, aber das Reichsmarineamt  
lehnte ab, es ging nicht auf. Die Serienaufträge ein.  
Die Sprungschiff-Bestellung hinderte die regelmäßige Be-  
stellung. Der Staatssekretär hat früher selbst erklärt, unter  
dem Druck der Reichsanstalters Bestellungen gemacht zu haben,  
weshalb stellt er die Einwirkung jetzt in Frage? Den  
einzelnen Werften wurden zu viele Typen in Auftrag ge-  
geben, das war technisch widerständig. Den Werften werden  
immer wieder

zu kurze Lieferungsfristen aufgegeben

die dann überschritten werden müssen, die Industrie hat nicht  
verlangt. Das U-Boot-Material wird stark abgenutzt, deshalb  
sind kleine Neubauten in aller Eile zu fördern. Sowie es  
beim ersten Inbetriebnahme in Auftrag zu geben, die erst  
nach langer Zeit fertig werden können. Für Zwecke ist  
jetzt keine Zeit, auch ist das Material beschränkt. Es handelt  
sich um die richtige Organisation, damit wir den U-Boot-Krieg  
bis zu Ende führen. Vertrauen zur Marineverwaltung  
können wir nicht haben.

Staatssekretär v. Capelle bezieht sich auf ein Schreiben  
der Privatwerften, wonach sie nicht mehr leisten können, als  
geleistet ist. Der Staatssekretär erklärt: Ich habe stets kurze  
Lieferungsfristen beantragt, nie aufgegeben; die erteilten  
Anträge waren sehr umfangreich und sind ohne Einwir-  
kung anderer Stellen lediglich durch das Reichsmarineamt er-  
folgt. Die Forderung in der Eile war erforderlich wegen  
der verschiedenen Kriegsschulden. Natürlich werden die  
Anforderungen mit den veränderten Verhältnissen. Die Wer-  
ften haben sich um die Typen geirrt, daher kommt es, daß  
auf einer Werft mehrere Typen im Bau sind. Wir müssen uns

unter allen Umständen auf einen langen Krieg einrichten.

Abg. Hoste (Gp.): Deutschland ist stark und wird den  
Krieg zu Ende führen, aber den Gedanken des Verbands-  
kriegsfriedens brauchen wir nicht aufzugeben. In der Marine  
ist es allerdings verboten, ihn weiter zu verbreiten. Wir  
halten es für notwendig,

jedes Kampfmittel anzuwenden

und denken nicht an eine Einschränkung des  
U-Boot-Krieges. Jeder wird die politischen Befür-  
wanger, die wir an seine Einstellung geknüpft haben, bestätigt  
worden. Amerika zeigt seine Meinung, einzuhalten. Alle  
Tonnageberechnungen sind zweifellos, das haben wir bereits  
am Anfang gesagt. Die Autoritäten sind

mit ihren Berechnungen rechtlos hineingefallen;  
deshalb brauchen wir auf unser eigenes Urteil nicht zu ver-  
lassen. Auch der Staatssekretär hat sich in seinen Vorausset-  
zungen schwer getäuscht. Die Leistungen der U-Boote sind  
bewundernswürdig, aber die geringe Wirkung Amerikas  
auf dem Kriegsschauplatz hat andere Gründe. Der Wider-  
stand Englands wird immer zu überwinden sein, trotz der  
furchtbaren Wirkungen des U-Boot-Krieges. Die Korwäre  
wegen mangelnder Förderung des U-Boot-Baus sind nicht  
im ganzen Umfang berechtigt. Der Standpunkt der gut ver-  
dienenden Verwaltungen ist zu verstehen. Kahezu der letzte  
Mann ist für den Bau von U-Booten und ähnlichen Schiffen  
herangezogen worden. Es war richtig, zunächst einmal die  
bestehenden Boote fertig zu stellen, ehe neue bestellt wurden.  
Eine ungezügelter Sparmaßnahme muß noch auf die Finanz-  
lage Rücksicht genommen werden.

Abg. Kapp (Lp.): Der U-Boot-Krieg wird zu sie-  
genden Erfolgen führen, die die Entente erreicht.  
Gegenstand ist die die Entente erreicht.

Stillschweigende Angaben und Voraussetzungen bieten nur  
Entscheidungen und unterliegen besser. Niemand darf sich  
gegen die Festsetzung des reichsweiten U-Boot-Krieges aus-  
sprechen. Der Konflikt zwischen dem Reichsmarineamt und

getroffen, es hat seine Pflicht getan. Die Werften konn-  
ten die Lieferungsfristen nicht einhalten. Man hätte

ihnen selber zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg  
schreiten sollen, als es noch keine Abwehrmaßnahmen gab. Ob  
man bei den Frachtraumberechnungen von der Welttonnage  
ausgeht oder anders rechnet, macht nur einen formalen Unter-  
schied, die unübersichtlichen Faktoren bleiben dieselben. Das ange-  
legte Abkommen zwischen Japan und Amerika gibt zu denken.  
Amerika war von vornherein der stille Verbündete Englands  
sollen. Die unmittelbaren Wirkungen des U-Boot-Krieges,  
der Terror auf die Neutralen, war ebenso groß wie die un-  
mittelbaren Wirkungen. Jeder haben wir selbst alles ge-  
tan, um den Terror abzumildern. Unsere Gründe müssen  
bei ihren Zukunfts Umwege machen. Japanische Schiffe  
fahren nur bis Port Said, das ist auf eine mittelbare Wir-  
kung.

Die wichtigste Wirkung

ist die Vernichtung der Seeschifffahrt Englands in den fernen  
Meeren, wo Japan an seine Stelle tritt. Bei einem evtl.  
Waffenstillstand würden wir den U-Boot-Krieg nicht ein-  
stellen: Wir müssen U-Boote bauen ohne Ende. Die wei-  
teren Entwicklungen können wir mit Ruhe entgegengehen

Abg. Dr. Stresemann (Lp.): Auf die Belebungen  
englischer Staatsmänner muß die Antwort sofort erfolgen  
sich nicht, wenn der Rat zur Beratung liegt. Den Ver-  
ständigungen der fremden Presse über den U-Boot-Krieg  
ist weiteste Verbreitung zu wünschen, eventuell in Form von  
Hugblättern für die Massen des Volkes im In- und Aus-  
land. Bei den Tonnageberechnungen reden wir aneinander  
vorbei. An den irigen Voraussetzungen über die Wirkungen  
des U-Boot-Krieges ist vor allen Dingen Dr. Helfferich  
beteiligt gewesen, weniger der Staatssekretär des Reichs-  
marine-Amts. England wird noch auch gegen die übrigen  
Neutralen zu vorgehen als gegen Holland; der Kriegsver-  
lust, den es auf sich nimmt, ist das beste Zeichen für seine  
schlimme Lage. Wir hätten unsere in Auslandsbüros  
liegenden Stoffe rechtzeitig veräußern sollen, verloren haben  
wir sie doch; die noch übrigen sollte man verkaufen, wir  
könnten viele Millionen dadurch retten. Bis heute ist nicht  
bestimmt, daß der unbeschränkte U-Boot-Krieg den Eintritt  
Amerikas in den Krieg zur Folge haben würde, da waren  
andere Gründe bestimmend. Die

Goffnung der Entente auf Amerika

war übrigens vorher ebenso groß, als sie jetzt nach seinem  
Eintritt ist. Natürlich wird es jetzt alle Kraft einsehen, aber  
bisher ist es hinter den hochgepannten Erwartungen weit  
zurückgeblieben. England muß sich sagen, daß es bei Fort-  
führung des Seekrieges nach dem Landstrage die weltwirt-  
schaftliche Forderung an Amerika abtreten muß; es ist ein  
Schritt für die Abklärung des Krieges. Die Anlagen gegen  
den Staatssekretär wegen des U-Boot-Baus sind sehr schwer.  
Die verschiedenen Ressorts setzen an einer zu knappen Rede  
und die Bedürfnisse sind gegeneinander abzumessen. An-  
scheinend liegen Verhältnisse nicht vor, aber ein tiefer  
Zweifel besteht doch, seitdem der Staatssekretär von dem  
Anancement gesprochen hat.

Ans Erparnisgründen darf keine Bestellung verstimmt  
werden. Über 50 Prozent zu viel, als 5 Prozent zu wenig.  
Daß auf einzelnen Werften zu viele Typen nebeneinander  
gebaut werden, ist technisch nicht zweckmäßig. Die Be-  
schränkung auf wenige Typen erhöht die Leistung.

Staatssekretär v. Capelle: Ich habe von der Schwere-  
keit gesprochen, eine Flotte nur aus U-Booten bestehen zu  
lassen. Auf den Ausfahrts- "Anancementsschritt" habe  
ich es für einen Unfinn erklärt, diesen Gesichtspunkt  
nahelgehend sein zu lassen. Zu viele Typen haben wir nicht.  
Die Aufträge wurden erteilt werden, je nachdem Platz war.  
Abg. Freiherr v. Camp (D. Fr.): Die

Erörterung der Bergangsbek

ist ziemlich müßig. Sämtliche Marine-Intendanten waren im  
Jung 1916 für den unbeschränkten U-Boot-Krieg; jedenfalls  
konnte er einige Monate früher beginnen. Wer das ver-  
hindert hat, liegt darin. Die beschränkten politischen Folgen  
des unbeschränkten U-Boot-Krieges sind nicht eingetreten.

Abg. Rebehor (U. Gp.): Wir waren von Anfang an  
gegen den rüchlosigen U-Boot-Krieg und sind es noch.  
Innerhalb der Formen des Kreuzkrieges haben wir nichts  
dagegen. Die Theorie des Terrors beruht auf einer falschen  
Psychologie, wirkt kriegserlösend und vermehrt die Zahl  
der Gegner.

Abg. Dr. Strauß (Sp.): Der Staatssekretär hat Herbst  
1916 gemeint, die Abwehrmaßnahmen wären auf der Höhe.  
Im März 1916 war der Staatssekretär noch gegen den rüch-  
losigen U-Boot-Krieg. Es bleibt bestehen, daß die letzten  
großen Bestellungen auf Einwirkung anderer Stellen auf das  
Reichsmarineamt zurückzuführen sind. Auch in Form des  
Kreuzkrieges hat der U-Boot-Krieg große Erfolge gehabt,  
z. B. 436 000 Tonnen im Januar 1917. Jetzt sind

die U-Boot-Bestellungen

so zu machen, daß ein Maximum des U-Boot-Krieges heraus-  
kommt. Wir haben verlangt, daß nicht nur Militärs, son-  
dern Techniker mit entscheiden. Wir können von unseren  
Vorwürfen nichts abstellen.

Staatssekretär v. Capelle: Ich kann nur meine Aus-  
führungen wiederholen. Daß das Reichsmarineamt in Be-  
stellungen nichts verändert hat, beweisen die Lieferungsfristen  
der Lieferungsfristen.

Abg. Graf Helldorf (Lp.): Ueberereinstimmung besteht  
daß der U-Boot-Krieg fortgesetzt werden muß,  
weil England ihn nicht aushalten kann.

Neber den Zeitpunkt besteht Meinungsverschiedenheit. Wir  
könnten weiter sein, wenn der U-Boot-Krieg bereits ein  
Jahr früher eingeleitet hätte; denn schon im März 1916  
garantierte die Marine eine monatliche Verletzung von  
600 000 Tonnen. Wir haben nie behauptet, daß England in  
6 Monaten auf die Kräfte angeworben werden würde. Im  
Frühjahr 1916 waren die Abwehrmittel noch nicht so aus-  
gebildet wie später, deshalb wären die Erfolge damals mit  
geringeren Opfern zu erzielen gewesen. Der

U-Boot-Bau muß mit aller Energie fortgesetzt  
werden. In der Ruffähigkeit des vorgelegenen Materials  
haben wir Zweifel; es genügt nicht für die Kritik. Eine  
große Zahl von U-Booten würde beim Friedensschluß nicht  
möglich sein. Die Einwirkung unserer Flottenmacht darf  
nicht gegenstand der Forderungen sein.